



Mutter mit unterernährtem Kind in einem nordkoreanischen Krankenhaus  
© APGraphics

## **NORDKOREA: REGIERUNG FÜR HUNGERSNOT MITVERANTWORTLICH**

*„Anhaltender Hunger ist in unserer heutigen Welt keineswegs unvermeidlich, und es ist nicht zu akzeptieren, dass es ihn gibt. Hunger ist kein Schicksal – er ist von Menschen gemacht.. . Es ist Zeit, gegen den Hunger aktiv zu werden!“*

Aus dem Bericht des UNO-Sonderberichterstatters zum Recht auf Nahrung, 2003

**In den vergangenen Jahren verhungerten in Nordkorea Hunderttausende Menschen. In einem neuen Bericht, den amnesty international der Weltöffentlichkeit im Jänner 2004 am Weltsozialforum in Mumbai/Indien vorstellte, macht ai die kommunistische nordkoreanische Regierung dafür mitverantwortlich: Sie setzt die Nahrungsmittelknappheit zur Unterdrückung von Kritik ein und reagiert auf Überlebensstrategien der Bevölkerung mit drakonischen Strafen.**

Jahrelange Misswirtschaft, Umweltkatastrophen und der Verlust der Unterstützung durch die frühere Sowjetunion gelten als Hauptursachen für die nun schon ein Jahrzehnt andauernde Hungersnot in Nordkorea, die bereits Hunderttausende Menschenleben forderte.

Die nordkoreanische Regierung macht mit dem Hunger Politik – Angehörige der „feindlichen“ (weil regierungskritischen) Klasse werden bei der staatlichen Nahrungsverteilung benachteiligt. Hungernde werden für den Diebstahl von Lebensmittel öffentlich hingerichtet. Verzweifelte Menschen, die sich zur Nahrungssuche ins benachbarte China wagen und dabei erwischt werden, landen in nordkoreanischen Arbeitslagern, wo unvorstellbare Grausamkeiten an der Tagesordnung sind.

So wie das Recht auf Leben ein grundlegendes Menschenrecht ist, hat jeder Mensch das Recht auf genügend Nahrung um zu überleben. Die nordkoreanische Regierung, die nicht einmal ausländische Hilfsorganisationen ohne massive Auflagen und Kontrollen ins Land lässt, ist nach dem Völkerrecht dazu verpflichtet, ihre Bevölkerung vor Hunger zu schützen.

### **Politischer Hintergrund**

Gestützt auf die viertgrößte Armee der Welt bzw. die herrschende „Partei der Arbeit Koreas“ regiert Kim Jong-il, der Sohn des Staatsgründers Kim-Il-sung, Nordkorea mit eiserner Hand. Bis heute sind nur



Der Respekt vor der Staatsideologie wird NordkoreanerInnen von früherster Jugend an beigebracht © ai

wenige Informationen über die genaue Struktur seiner Regierung, das System der Legislative und die Aktivitäten der WPK ins Ausland gedrungen. Das politische System basiert auf kommunistischen Prinzipien bzw. einer „Ideologie des Vertrauens auf die eigenen Kräfte“ („Juche“), die die Unabhängigkeit von der übrigen Welt dogmatisiert. Es gestattet keinerlei Opposition, verhängt strenge Reisebeschränkungen und behält die uneingeschränkte Kontrolle über jede Art von Information.

Nach wie vor sind unabhängige Untersuchungen zu Menschenrechtsfragen unmöglich. Es gibt keine Menschenrechtsorganisationen und keine funktionierende Zivilgesellschaft. Die BürgerInnen sind in der Lage von Gefangenen, die keinerlei Möglichkeit haben, ihre Situation klar einzuschätzen (auch der volle Umfang der Hungerkatastrophe entzieht sich dem Blick der Öffentlichkeit), und die sie weder verändern noch dagegen Protest erheben können.

International wird das Land vor allem im Zusammenhang mit seinem Atomprogramm mit großer Skepsis betrachtet. Auch wenn in den letzten fünf Jahren diplomatische Beziehungen mit einer zunehmenden Anzahl von Staaten aufgenommen wurden, bleiben die Aktivitäten die internationalen Gemeinschaft in Nordkorea nach wie vor extrem eingeschränkt, auch auf dem Gebiet der Nahrungsmittelhilfe.



Nichts zum Essen – als Gräser, Wurzeln, Baumrinde... ©RENK

### **Das Ausmaß der Hungerkatastrophe**

Erste Informationen über eine Nahrungsmittelkrise in Nordkorea drangen 1991 ins Ausland, als die Regierung die Kampagne „Lasst uns zweimal täglich essen“ startete. 1992 wurden die von der staatlichen Nahrungverteilungsbehörde ausgegebenen Rationen um zehn Prozent gekürzt, bald darauf erfolgte die Verteilung nur mehr unregelmäßig und im Sommer 1994 wurde sie Berichten zu Folge gänzlich – mit Ausnahme hoher Feiertage - eingestellt. Im August 1997 schlug die UNICEF Alarm: Die Anzahl der an schwerer Unterernährung leidenden nordkoreanischen Kinder sei in den letzten

Monaten auf 80.000 gestiegen – Tausende Kinder seien in unmittelbarer Gefahr zu verhungern. Tatsächlich stieg die Kindersterblichkeit zwischen 1990 und 1999 Berichten zu Folge von 45 auf 58 pro Tausend Kindern an.

Einen Höhepunkt erreichte die Hungersnot zwischen März und September 1998 – viele Menschen fanden keine andere Nahrung mehr als Gras, Wurzeln, Baumrinde und Getreidehalme. Im Staatsfernsehen wurde Berichten zu Folge dazu aufgerufen, „Ersatznahrung“ anzubauen und dem Essen beizumischen. Ein Mitarbeiter des Roten Kreuzes berichtete in einem Interview mit der deutschen Tageszeitung „taz“, selbst eine Fabrik gesehen zu haben, in der Blätter, Äste und Baumrinde zu kleinen, grünen Keksen verarbeitet wurden: „Das war damals die Realität für die nordkoreanische Bevölkerung. Das Schlimme daran war die Strategie - zunächst einmal den Magen füllen und das unmittelbare Hungergefühl vertreiben. Aber letztlich hat das zu gravierender Mangelernährung geführt...“

Da die nordkoreanische Regierung jegliche unabhängige Berichterstattung bzw. Datenerhebung unmöglich macht, ist es schwer, verlässliche Angaben über das wahre Ausmaß der Hungerkatastrophe zu machen. Laut unterschiedlichen Quellen sind allein in den 90er Jahren in Nordkorea 220.000 bis 3,5 Millionen Menschen verhungert.



Auch wenn der Höhepunkt der Nahrungskrise mittlerweile überwunden zu sein scheint, ist sie noch lange nicht überwunden und überall im Land deutlich zu sehen.

Ein Vergleich zwischen einem siebenjährigen Jungen in Südkorea und einem gleichaltrigen Jungen im nördlichen Nachbarstaat macht es deutlich: Während ersterer 26 kg wiegt und 1,25 m groß ist, ist der nordkoreanische Junge um 20 cm kleiner und um 10 kg leichter.

Das UNO-Welternährungsprogramm geht davon aus, dass auch 2004 ein Viertel der Gesamtbevölkerung - insbesondere Frauen und Kinder - von Nahrungshilfe abhängig sein werden.



Ein Viertel der Gesamtbevölkerung – das sind ca. 6,5 Millionen Menschen – können ohne Nahrungsmittelhilfe nicht überleben. © APGraphics

## **Diskriminierung und ungleicher Zugang zu Nahrung**

Die nordkoreanische Bevölkerung ist von der Nahrungskrise in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Offenbar ist die städtische Bevölkerung – mit Ausnahme jener der Hauptstadt Pjöngjang – noch stärker von staatlichen Nahrungsrationen abhängig als die ländliche. Eine in der Stadt wohnende Durchschnittsfamilie musste im Zeitraum 2002-2003 zwischen 75 und 85 Prozent ihres Gesamteinkommens für Nahrungsmittel ausgeben, während dieser Betrag bei bäuerlichen Familien bei nur 33 Prozent lag.

Besonders vom Hunger gefährdet sind auch weit abgelegene Regionen wie die nordöstlichen Provinzen von Nord- und Süd Hamgyong und Kangwon. Aufgrund ihrer Berglage und fehlender landwirtschaftlicher Anbaugelände waren sie auch schon vor dem Ausbruch der landesweiten Hungersnot von staatlicher Nahrungshilfe abhängig. Umso dramatischer müssen die Folgen für die dort lebende Bevölkerung gewesen sein, als die staatliche Verteilungsbehörde 1994, als die Nahrungsmittelknappheit bedrohliche Ausmaße erreichte, Berichten zufolge sämtliche Nahrungslieferungen in diese Provinzen einstellte.

Viele NordkoreanerInnen werden aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit bzw. dem damit verbundenen sozialen Status diskriminiert und sind daher von der Hungersnot besonders bedroht. Obwohl die nordkoreanische Verfassung allen BürgerInnen gleiche Rechte gewährleistet, teilt die Regierung die Bevölkerung in drei Klassen ein:

Ein Viertel der Bevölkerung gilt als „feindliche Klasse“ und hat den niedrigsten sozialen Status von allen. Darunter sind insbesondere Menschen, die in Verdacht stehen, regierungskritisch zu sein oder die Familienangehörige haben, die sich in Haft befinden. Diese Gruppe umfasst auch sogenannte „unreine Elemente“ wie z.B. südkoreanische Kriegsgefangene, die Berichten zufolge während 1953 und 1960, also unmittelbar nach dem Koreakrieg, in weit abgelegenen Bergregionen in Provinzen wie Nord Hamgyong zwangsangesiedelt wurden.

Inwieweit NordkoreanerInnen Zugang zu Bildungsinstitutionen und Arbeitsmöglichkeiten haben, ob sie Aufenthaltsgenehmigungen oder diverse Berechtigungsscheine erhalten können, hängt von ihrer Klassenzugehörigkeit ab.

Eine aufgrund der ihnen zugeschriebenen sozialen Rolle besonders vom Hunger gefährdete Bevölkerungsgruppe sind Frauen, die in Nordkorea traditionell für den Haushalt bzw. die

Nahrungsbeschaffung zuständig sind. Tausende verzweifelte Frauen durchstreiften in den letzten Jahren das vom Hunger heimgesuchte Land auf der Suche nach etwas Nahrung für ihre Familie bzw. wagten die gefährliche – weil verbotene - Reise nach China.

Immer mehr Frauen arbeiten als Prostituierte, um sich und ihre hungernden Familien durchzubringen. Und auch der Handel mit Frauen hat in den letzten Jahren zugenommen: Nordkoreanerinnen werden an chinesische „Brauthändler“ verkauft, die sie nach China an dort lebende koreanische Bauern als Ehefrauen und/oder Arbeitskräfte weiter verkaufen.

### **Auf der Flucht vor dem Hungertod**

Den Hungertod vor Augen versuchten in den letzten Jahren immer mehr Menschen, die 1.300 Kilometer lange Grenze nach China und Russland zu überqueren. Ein Großteil der Flüchtlinge strebt nach China, weil dort viele ethnische KoreanerInnen leben. NordkoreanerInnen, die ihr Land ohne Erlaubnis verlassen, werden von den Behörden jedoch als "VerräterInnen" und "Kriminelle" betrachtet und haben bei ihrer zwangsweisen Rückführung mit schweren Strafen zu rechnen.



Kontrollposten 30 km vor Panmunjon © ai

In Artikel 47 des Strafgesetzbuches heißt es: "Ein/e BürgerIn, der sich in ein fremdes Land absetzt oder mit der Absicht des Verrates an Land und Volk zum Feind übergeht, soll für mindestens sieben Jahre in ein Umerziehungslager eingewiesen werden. In Fällen, in denen eine Person eine besonders schwere Verfehlung begeht, soll sie zum Tode verurteilt werden."

Waren es bis zum Ende der neunziger Jahre vorwiegend junge Männer, die auf der Suche nach Arbeit nach China kamen, sind es bedingt durch die Hungersnot immer mehr Frauen, Kinder und alte Menschen, die sich auf den – unerlaubten - Weg über die Grenze machen. Werden die Flüchtlinge von chinesischen Sicherheitskräften aufgegriffen, werden sie meist sofort nach Nordkorea abgeschoben. ai erhielt verschiedene Berichte, aus denen hervorgeht, dass zurückgeschobene Flüchtlinge langen Verhören und der Folter durch die nordkoreanische Polizei ausgesetzt wurden. Viele wurden danach in Gefängnissen oder Arbeitslagern interniert. Besonders harte Strafen drohen Angaben zufolge geflohenen MitarbeiterInnen der nordkoreanischen Regierung, mutmaßlichen RegierungsgegnerInnen sowie Nordkoreanerinnen, die von chinesischen Männern schwanger wurden.

### **Unmenschliche Bedingungen in „Konzentrationslagern“ und Haftanstalten**

Das UNO-Menschenrechtskomitee spricht von "Konzentrationslagern", die Nordkorea in den Bergen an der Grenze zu China eingerichtet hat, um Flüchtlinge dort zu internieren bzw. zu bestrafen.

Der Wachsoldat Lee Yong Kuk, dem die Flucht aus Nordkorea gelungen war, berichtete im Frühjahr 2002 auf einer Pressekonferenz der Organisation "Menschenrechte für Nordkorea" (NKHR) darüber, was er im Lager Yodok Nr. 15 erlebt hatte: Die Versorgungslage sei so schlimm gewesen, dass viele Gefangene an Entkräftung starben. Das Verstecken von Lebensmitteln oder das Sammeln von Esskastanien wurde mit dem Tod bestraft; Folter und Misshandlung waren an der Tagesordnung. Lee Yong Kuk war Zeuge, wie ein Mensch lebendig verbrannt und ein anderer mit einem PKW zu Tode geschleift wurde.

Er erzählte, dass ganze Familien einschließlich ihrer Kinder ins Lager gebracht wurden, wenn einem Familienmitglied die Flucht gelungen war.

Anlässlich einer Amnestie zum Geburtstag von Kim Il Sung wurden im Jahr 2001 zwei Lager aufgelöst. Einige Gefangene wurden freigelassen, der Rest ins mehrfach überbelegte Lager Yodok verlegt. "Human Rights Watch" veröffentlichte im November 2002 einen Bericht, dem zufolge Mütter im Lager gezwungen worden sein sollen, ihre Neugeborenen töten zu lassen.

Die 54jährige Cho wurde nach ihrer erzwungenen Rückkehr aus China in einem Arbeitslager interniert, wo auch schwangere Frauen von fünf Uhr früh bis zehn Uhr abends in der Ziegelei oder dem Gemüsegarten arbeiten mussten. Essen gab es kaum – diejenigen, die dabei erwischt wurden, wie sie Gemüse für sich versteckten, mussten sich gegenseitig verprügeln. Wenn die Schläge nicht hart genug ausfielen, wurden sie von der Polizei verprügelt.

Die Lebensbedingungen in „normalen“ Gefängnissen sind nicht weniger unmenschlich. Die meisten ehemaligen Häftlinge, die ai interviewte, berichteten von komplett überfüllten Haftanstalten, katastrophalen hygienischen Verhältnissen, mangelnder medizinischer Versorgung und konstanter lebensbedrohlicher Unterernährung.

Kim, der 1997 aus China zwangsweise nach Nordkorea rückgeführt und inhaftiert wurde, berichtete davon, dass er während seiner Haftzeit gesehen hatte, wie Menschen an Hunger starben. „Die Polizeistation, in der ich inhaftiert und verhört wurde, war oft überfüllt. Die meisten Häftlinge waren in China gefangen genommen und zurückgebracht worden. Die Zellen hatten an beiden Seiten Eisenstäbe, so konnte man uns von allen Seiten sehen. Es gab keine Fenster. Wir mussten von 5 Uhr früh bis halb 12 Uhr abends regungslos mit gesenkten Köpfen dasitzen. Die Toiletten waren furchtbar... es gab keine separaten Einrichtungen für Frauen. Die Gefangenen mussten die Fäkalien mit den Händen wegräumen... Das Essen bestand aus Kartoffelschalen, Bohnen und Suppe mit ein wenig Kürbis. Wenn man beim Sprechen erwischt wurde, gab es als Strafe Essensentzug. Die Leute waren bei ihrer Entlassung halbtot. Ich dachte auch, dass ich sterben würde. Ich sah, wie Menschen an Unterernährung starben, ich sah, wie sie die Leichen wegbrachten...“

## **Öffentliche Hinrichtungen**

ai erhielt Berichte, denen zufolge Menschen öffentlich hingerichtet wurden, weil sie Lebensmittel gestohlen hatten oder bei der Nahrungssuche in China aufgegriffen worden waren. Die meisten Hinrichtungen fanden in den schlimmsten Jahren der Hungerkatastrophe zwischen 1996 und 1998 statt, als die hungernden Menschen laut Aussage einer in Südkorea stationierten NGO nicht einmal davor zurückschreckten, die nordkoreanische Infrastruktur zu zerstören, wenn sie z.B. Stromleitungen abmontierten, um sie nach China zu verkaufen. Aber auch der Diebstahl bzw. das Schlachten einer Kuh – einem kostbaren landwirtschaftlichen Produktionsgut und wichtigen Transportmittel - galt als Kapitalverbrechen und wurde vielfach mit dem Tod bestraft.

Die Exekutionen wurden mittels Anschlägen angekündigt und auf öffentlichen Plätzen, oft vor ganzen Schulklassen, ausgeführt, um „die Menschen zu lehren, dass Unordnung bestraft wird“. Die meisten nordkoreanischen Kinder, die ai in Südkorea interviewte, hatten in den 90er Jahren Exekutionen durch Erhängen oder Erschießen mitangesehen – vor der eigentlichen Hinrichtung wurden die Verurteilten brutal geprügelt.

Nach dem Informationsstand von ai sind öffentliche Hinrichtungen in den letzten Jahren zurückgegangen. ai fürchtet jedoch, dass nach wie vor zahlreiche geheime Exekutionen in diversen Hafteinrichtungen stattfinden.



Laut Angaben von UNICEF sterben in Nordkorea 55 von 1000 Kindern. Das UN-Welternährungsprogramm geht davon aus, dass 42% aller nordkoreanischen Kinder chronisch unterernährt sind.

© APGraphics

## **Hunger ist kein Schicksal!**

amnesty international hat die nordkoreanische Regierung wiederholt aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in ihrem Land zu ergreifen. Die Ernährungskrise ist ein zentrales Menschenrechtsproblem, dessen Lösung nicht aufgeschoben werden darf.

Im neuen ai-Bericht „Starved of Rights. Human Rights and the Food Crisis in the Democratic People’s Republic of Korea (North Korea)“\* richtet ai zahlreiche Empfehlungen an die nordkoreanische Regierung sowie an die internationale Gemeinschaft, deren Umsetzung zu deutlichen Verbesserungen für die nordkoreanische Bevölkerung führen würde.

Das Recht auf Freiheit von Hunger und Unterernährung muss für alle nordkoreanischen BürgerInnen ohne Diskriminierung gewährleistet werden – in Übereinstimmung mit den Prinzipien der internationalen Menschenrechtsverträge, die von Nordkorea ratifiziert wurden.

\* Der englische Originalbericht AI Index ASA 24/003/2004 ist im ai-Büro gratis erhältlich.  
Tel.: 01/78008 bzw. E-mail: [info@amnesty.at](mailto:info@amnesty.at)